

Die drohende Schuhnot.

Mit raschen Schritten nähern wir uns der rauhen Jahreszeit und immer drohender wird die Schuhnot. Über zwei Wochen sind es her, daß wir im „Abend“ die dringende Forderung erhoben; es mögen in dieser Frage rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden; nichts aber ist geschehen. Der Schuhmangel wird immer bedenklicher und immer größer die Gefahr, daß weite Kreise der Bevölkerung im Winter ohne Schuhe bleiben werden. So wie es schon gekommen, daß wir in einem Fachblatt („Der Schuh“) den Satz lesen: „Der Schuhhandel steht heute vor der Frage, ob es ihm möglich sein wird, in den nächsten Monaten fortzubestehen oder zu liquidieren.“ Und wenn wir diese Frage aufnehmen, geschieht es nicht im Interesse des Schuhhandels, sondern im Interesse der Bevölkerung. Und so wollen wir noch einmal einige besonders wichtige Punkte dieser Frage erörtern.

Eine Hauptfrage bildet die Frage der Schuhbejohlung. Man hat zu zahlreichen Ersatzstoffen gegriffen und so vor allem Holzsohlen in großen Mengen erzeugt; gewiß wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Sohlen wenigstens halbwegs einen genügenden Ersatz für die Ledersohle bilden könnten. Aber dies ist nicht der Fall; denn abgesehen davon, daß das Gehen in dieser Sohle äußerst beschwerlich fällt, springt sie leicht entzwei; ihre Befestigung ist sehr mangelhaft, die Abnutzung ganz außerordentlich stark. Alle diese Gründe machen sie gänzlich ungeeignet, die Ledersohle zu ersetzen. Auch die sogenannten Spaltledersohlen, das sind Sohlen aus minderwertigem Leder kommen nicht in Betracht; denn diese fangen die Feuchtigkeit derart auf, daß sie eine schwere Gefahr für die Gesundheit bilden. Selbstverständlich sind sie infolge dieser Durchlässigkeit ebenfalls sehr bald abgenützt und dadurch gerade für die ärmere Bevölkerung ungeeignet. Es kommen also nur die Ersatzsohlen aus Lederabfällen in Betracht. Leider sind auch diese zum großen Teil beschlagnahmt. Aber in einer Anfrage im Abgeordnetenhaus hat Abg. Schürf erklärt, es seien so große Vorräte von Sohlenleder vorhanden, daß sie auch der Zivilbevölkerung überwiesen werden könnten. Und wahrhaftig, es ist höchste Zeit, daß dies geschieht.

Wir haben in unserem vorigen Artikel die Ausgabe von Schuhkarten gefordert. Gleichzeitig damit müssen aber genügende Mengen von Leder für die Bevölkerung freigegeben werden. Auch die Einfuhr von Schuhen aus der Schweiz muß, wenn es nicht schon zu spät ist, gestattet werden. Was das Oberleder betrifft, so ist ja schon in Friedenszeiten aus Deutschland viel eingeführt worden. Auch jetzt würde die deutsche Regierung die Ausfuhr gestatten, wenn sie dafür „Kompensationen“ erhielte. Und die Frage ist so wichtig und so ernst, daß man eben zu diesen „Kompensationen“ greifen muß. Da aber, wie aus der oben erwähnten Anfrage im Abgeordnetenhaus hervorgeht, die Regierung selbst in der Lage ist, große Mengen von Leder freizugeben, ist hiemit auch die dritte Frage gelöst, nämlich die der Verteilung. Denn da die Behörden fast alles verfügbare Leder beschlagnahmt haben, können sie un schwer dafür Sorge tragen, daß das von ihnen zur Verfügung gestellte Leder auch im Inlande verbleibt. Die Vorräte, die früher vorhanden waren, wurden größtenteils von ungarischen und namentlich von Händlern aus den von uns besetzten Gebieten (Russisch-Polen, Serbien) aufgekauft. Das darf sich nicht wiederholen.

Wie gesagt, die Behörden selbst haben es in der Hand, auf alle Einzelheiten der Erzeugung entscheidenden Einfluß auszuüben. Sie können auch die Preisfrage, die ja für die Bevölkerung das Wichtigste ist, bestimmen. Die Verordnung vom 10. März d. J., die diese Frage nach den Gesehungskosten des Fabrikanten regelte, hat wenig genützt. Die „Gesehungskosten“ lassen sich nur schwer überprüfen. Man muß jetzt zum „Einheitsfuß“ greifen, wie es ihn schon z. B. in Frankreich tatsächlich gibt. Eine bestimmte Art von Schuhen müßte gegen die Schuhkarten ausgegeben werden. Bei Berücksichtigung aller Umstände könnte er sich auf 50 K stellen. Für die Armen, die diesen Betrag nicht aufbringen können, müßten die Gemeinden Zuschüsse leisten.

Seit der oben erwähnten Verordnung haben die Behörden in dieser Frage nichts getan. So hätte eine „Gutachtenkommission“ zusammentreten sollen, die die Preise zu bestimmen und jeweilig für die geänderten Verhältnisse Vorkehrung zu treffen hätte. In Deutschland besteht diese Kommission schon längst, bei uns hört man noch nichts von ihrer Tätigkeit. Schließlich noch eines: Schon die Verordnung hat mehr Rücksicht auf die Fabrikanten genommen, wie ja leider Gottes bei uns eigentlich nur „Industrie“, „Handel“, „Produktion“ Worte von Bedeutung sind, während der Verbraucher, der doch den größten Teil der Bevölkerung bildet, für die Behörden nicht vorhanden zu sein scheint. In der Schuhfrage ist, wie aus dem oben erwähnten Satze der Fachschrift hervorgeht, das Interesse beider Teile dasselbe. Vielleicht wird das die Behörden aus ihrer Untätigkeit erwecken. Wir haben gezeigt, daß noch immer Möglichkeiten vorhanden sind, der drohenden Schuhnot beizukommen. Aber es ist allerhöchste Zeit. Jeder Tag, der ungenützt vorübergeht, ist unerlässlich. B.